



### **PRESEMITTEILUNGEN**

## **Deutsche Post**

### **Millionen Sendungen in Bayern liegengeblieben**

02.04.2008

**2.300 Beschäftigte der Deutschen Post AG sind heute dem Aufruf der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zu befristeten Streikmaßnahmen gefolgt. In Bayern legten rund 2.200 Beschäftigte, insbesondere in der Verteilung und Zustellung, vorübergehend die Arbeit nieder. Davon betroffen waren die Niederlassungen in Augsburg, Bayreuth, Freising, Nürnberg, Rosenheim, Straubing und Würzburg.**

Bayernweit wurden heute rund 1,8 Millionen Briefe, 4 Millionen Wurfsendungen und 140.000 Pakete nicht zugestellt. Zirka 100 Beschäftigte in Frankfurt am Main und Offenbach traten ebenfalls in den befristeten Ausstand. Dort kam es zur verzögerten Auslieferung von Paketen beziehungsweise Geschäftspost.

Unterdessen kündigte ver.di an, die befristeten Streikmaßnahmen am Donnerstag auf andere Bundesländer auszuweiten. Auch in den darauffolgenden Tagen sei mit Warnstreiks zu rechnen.

Ver.di fordert für die 130.000 Tarifbeschäftigten den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 30. Juni 2011 und zehn Arbeitszeitverkürzungstage zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die Gewerkschaft befürchtet, dass die Deutsche Post AG nach dem Auslaufen der für die 55.000 Beamtinnen und Beamten geltenden Postarbeitszeitverordnung auch bei den Tarifkräften die regelmäßige Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden erhöhen will.

"Arbeitszeitverlängerung ist ein Lohnkostensenkungsprogramm. Wir sehen doch nicht tatenlos zu, wie unseren Mitgliedern das Geld aus der Tasche gezogen wird", sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Zudem wären durch eine Arbeitszeitverlängerung 15.000 Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG in Gefahr.

Da knapp 40 Prozent der Postbeschäftigten inzwischen in Teilzeit arbeiten und in feste Produktionszeitfenster eingebunden sind, würde eine höhere regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden für sie nicht kostenlose Mehrarbeit, sondern eine reale Lohnkürzung um zirka 6,5 Prozent bedeuten.

Die nächste Verhandlungsrunde ist am 9. April in Köln.

### **Herausgeber:**

V.i.S.d.P.: Harald Reutter  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin  
Tel.: 030/6956-1011 bzw. -1012  
Fax: 030/6956-3001  
E-Mail: pressestelle@verdi.de